

Konzept gegen Rattenfänger

Junghans-Schule | Verwaltungsausschuss stimmt für staatlichen Islamunterricht

An der Erhard-Junghans-Schule (EJS) soll es künftig islamischen Religionsunterricht geben.

■ Von Stephan Wegner

Schramberg. Einstimmig genehmigte der Verwaltungsausschuss des Gemeinderats als Schulträger den Antrag der Erhard-Junghans-Schule auf Erteilung islamischen Religionsunterrichts.

»Wir beklagen die Radikalisierung unserer muslimischen Mitbürger, tun aber nichts dagegen«, sagte Schulleiter Udo Trost als Begründung für den Antrag. Der Unterricht werde dann von einem muslimi-

schen Lehrer, der aber auf Landesverfassung und Grundgesetz vereidigt sei, erteilt. »Wir brauchen Zugriff auf Kinder muslimischen Glaubens«, sagte Trost, denn man wolle vermeiden, dass »eine mögliche Radikalisierung stattfindet durch Gruppen, die wir nicht beeinflussen können«. Die EJS habe nahezu 200 moslemische Schüler, die ebenfalls Anrecht auf Religionsunterricht hätten, den es zu kontrollieren gelten und für den es einen Bildungsplan gebe. »Wenn es an der Schule Ansprechpersonen in moralisch-religiösen Bereichen gebe, wäre an Integration gewonnen«, ist sich Trost sicher. Antragsstellung und Beset-

zung der Stelle, so informierte der Schulleiter, seien zwei Dinge. Er könne nicht sagen, wie viele ausgebildete Lehrer es gebe, die diesen Unterricht übernehmen könnten, es sei aber wichtig, an das Kultusministerium das Signal zu senden, dass es Bedarf gebe.

Schritt in richtige Richtung
Oberbürgermeister Thomas Herzog sah den Antrag als ein »Schritt in die richtige Richtung«. Auch Stadtrat Jürgen Winter (CDU) begrüßte den Antrag sehr; wenn irgendwo Einfluss genommen werde, dann immer über den religiösen Bereich. Wenn man diesen in der Schule rauslasse, »laufen wir Gefahr, dass Rat-

tenfänger kommen« und die Schüler in Richtung Desintegration beeinflussten. Staatliche Lehrkräfte für muslimischen Religionsunterricht sei »genau der richtige Weg, den wir gehen müssen und Toleranz hat viel mit Religion und Religionsbegriff zu tun«, ergänzte er.

Renate Much (SPD/Buntspecht) unterstützte für die Fraktion den Antrag ebenfalls. Sie wollte wissen, ob es möglich sei, sich dann von diesem Unterricht befreien zu lassen oder ob es sich um einen Pflichtunterricht handle. Eine Befreiung sei genauso möglich wie bei anderen Religionsunterrichten auch, war hierauf die Antwort.